

ten“ in den USA selbst scheiterte. Das „Prinzip der nationalen Selbstbestimmung“ wurde zu einer Funktion der US-amerikanischen „new order“ nach 1918.

Mögliche Alternativen zur Lösung des polnischen Problems diskutiert W. Suleja in seinem Beitrag zur polnisch-österreichischen Option zwischen 1914 und 1918, die durch den Verlauf des Ersten Weltkrieges ab Anfang 1918 allerdings obsolet geworden war.

In den abschließenden „Commentary and Perspectives“ kommt K. Lundgreen-Nielsen zu der optimistischen Ansicht, daß die Wilsonschen Ideale seit 1989/91 eine Renaissance erfahren hätten, während S. Blejwas nüchtern bilanziert, daß die ostmitteleuropäischen Länder „Staaten 2. Klasse“ seien, die in der Großmachtpolitik der USA, Großbritanniens, Frankreichs und der UdSSR/Rußlands von 1918 bis heute lediglich Objekte von Großmachtinteressen seien.

Den o. g. Anspruch des Hrsgs. können die Beiträge – abgesehen von ihren jeweiligen Qualitäten – nur zum Teil einlösen. Dies liegt nicht nur an der relativen Kürze der Aufsätze oder an der Darstellungsweise, sondern auch am Fehlen einer Rahmengabe, die den einzelnen Artikeln eine gemeinsame Grundlage und Ausrichtung hätte bieten können. Ein Beitrag, der Wurzeln und Entstehungsgeschichte des „Wilsonianismus“ im Kontext des politischen und ökonomischen Bedeutungszuwachses der USA seit der Jahrhundertwende untersuchte, findet sich nicht. Ebenso wenig wird der Begriff der „nationalen Selbstbestimmung“ kritisch hinterfragt, sondern quasi als ein Naturrecht interpretiert. Damit fehlt den Aufsätzen ein zusammenhaltender Bezugspunkt. Zudem wird in keinem Beitrag ernsthaft die Adaption des „Wilsonianismus“ für die Zeit nach 1989 diskutiert.

Die Edition vereinigt Studien, von denen einige als Einführung, andere als (zusammenfassende) Ergänzung zu den jeweiligen Themenbereichen gelten können. Als vertiefende Lektüre zu „Wilsonianismus“ und Ostmitteleuropa scheinen sie allerdings weniger geeignet zu sein.

Marburg/Lahn

Rüdiger Alte

Ivan T. Berend: Central and Eastern Europe, 1944–1993. Detour from the Periphery to the Periphery. (Cambridge Studies in Modern Economic History.) Cambridge University Press. Cambridge, New York u. a. 1996. XVIII, 414 S. (£ 45.00.)

Die Kategorie der Rückständigkeit ist bekanntlich ein beliebtes Erklärungsmuster osteuropäischer Geschichte. Auch Ivan Berend legt seiner „comparative analysis of the state socialist experiment“ vor allem diesen Begriff zugrunde. Er versteht das nach 1945 in Ostmittel- und Südosteuropa durchgeführte kommunistische Experiment als eine weitere Rebellion der erniedrigten Peripherie gegen ihr jahrhundertealtes ökonomisches und soziales Zurückgebliebensein. Ostmittel- und südosteuropäische Nachkriegsgeschichte begegnet dem Vf. unter solchen Vorzeichen in Paradoxien, erscheint sie doch zugleich als eine Periode der Befreiung und der Unterdrückung, der Euphorie und der Verzweiflung, der gehorsamen Unterwerfung und des heroischen Aufruhrs. Am Ende scheiterten der versuchte Modernisierungsdurchbruch und die Anstrengungen, mittels zentraler Planwirtschaft und forcieter Industrialisierung der traditionellen peripheren Lage zu entkommen, im Zusammenbruch des Systems und der Überanstrengung der Kräfte. Nach einem langen Umweg sei die Region am Ende des Jahrhunderts damit wieder dort angelangt, wo sie begonnen habe, konfrontiert mit den gleichen ungelösten Problemen: der unvollendeten Nationenbildung, der Notwendigkeit der Errichtung einer modernen Demokratie (civil society) sowie dem Erfordernis wirtschaftlicher Modernisierung.

Ausgehend von dieser Grundthese schildert B. in drei thematischen Hauptkapiteln das halbe Jahrhundert ostmittel- und südosteuropäischer Nachkriegsgeschichte in souveräner Beherrschung der Materie. Dabei geht es ihm weniger um die individuellen

Nationalgeschichten der berücksichtigten Länder (Polen, Ungarn, Tschechoslowakei, Jugoslawien, Rumänien, Bulgarien und Albanien) als vielmehr um eine Deutung der Gesamtregion. Im ersten, die Zeit von 1944 bis in die 1960er Jahre behandelnden Teil beschreibt er die Etablierung kommunistischer Herrschaft als einen von inneren sozialen Kräften und externer sowjetischer Gewalt getriebenen Prozeß, der zu einem ‚Auszug‘ Ostmittel- und Südosteuropas aus Europa geführt habe. Schon in den 1950er Jahren offenbarten Reformkrisen, Revolutionen und Lockerungen des Blockzusammenhalts das erklärte Ziel dieser Abwendung vom Westen, nämlich dessen Ein- und Überholung, als unerreichbar. Auch die vorübergehenden Erfolge der auf technologisch-strukturellen Mustern des frühen 20. Jhs. gegründeten industriellen Modernisierung sowie die Liberalisierungen des Poststalinismus, die B. in den ersten beiden Kapiteln des zweiten Teils beschreibt, konnten das Scheitern der Planwirtschaft und der geschlossenen Gesellschaft letztlich nicht aufhalten. Auf die sich seit den frühen 1970er Jahren nicht zuletzt durch radikale Veränderungen und eine tiefe Strukturkrise in der Weltwirtschaft dramatisch verschärfenden Probleme der importorientierten Planwirtschaften vermochten die Regime, wie B. weiter zeigt, nicht adäquat zu reagieren. Der wirtschaftliche Verfall ließ die oppositionellen Bewegungen weiter erstarken, womit die Erosion des Staatssozialismus rasch voranschritt, bis sie in den Revolutionen des Jahres 1989 zu seinem schließlichen Zusammenbruch „without significant resistance“ führte.

Im dritten Teil beschreibt B. schließlich die postkommunistische Transformation als den Versuch der Rückorientierung auf westliche Werte und das Wiederanknüpfen an die Bemühungen exportorientierter wirtschaftlicher Modernisierung. Ob Ostmittel- und Südosteuropa aus diesem Prozeß als gleichwertiger Teil eines neuen Europa hervorgehen oder weiterhin nur dessen Peripherie bilden werden, erscheint dem Vf. bei allen – zumindest in den ostmitteleuropäischen Ländern Polen, Tschechien, Slowenien und Ungarn – beobachtbaren Fortschritten des Transformationsprozesses letztlich noch keineswegs gesichert. Wenn B.s großer Überblick über die ostmittel- und südosteuropäische Nachkriegsgeschichte am Ende eines deutlich werden läßt, so ist dies nicht zuletzt auch die Einsicht, daß von einem sozial und wirtschaftlich weiterhin an der Peripherie gehaltenen europäischen Osten und Südosten und seinen Modernisierungsdefiziten für den Westen erhebliche destabilisierende Wirkungen ausgehen könnten.

Marburg/Lahn

Eduard Mühle

The Establishment of Communist Regimes in Eastern Europe, 1944-1949. Ed. by Norman Naimark, Leonid Gibianskii. Westview Press. Boulder, Oxford 1997. 319 S.

Die Etablierung kommunistischer Herrschaft in Ostmitteleuropa war bis vor kurzem ein Gegenstand, dem die Forschung mit manchen Theorien (Seton-Watson, Brzezinski u. a.), gelegentlich auch mit kühnen indigenen – wenn auch zunächst nur im westlichen Ausland publizierten – Erklärungsversuchen (Kersten) begegneten, den sie aber ungeachtet aller Anstrengungen¹ infolge fehlenden Quellenzugangs eigentlich kaum eingehender untersuchen konnte. Erst das Ende des Systems und die partielle Öffnung der Archive hat es der Zeithistorie ermöglicht, ein genaueres Bild von jenen Vorgängen zu (re)konstruieren, die als ‚Sowjetisierung‘ oder ‚Kommunisierung‘ Ostmitteleuropas be-

¹ Dazu gehörten u. a. auch zwei umfangreiche Forschungsprojekte des Johann Gottfried Herder Forschungsrates/Herder-Instituts, deren Ergebnisse in zwei Publikationen Niederschlag fanden: Die Sowjetisierung Ost-Mitteleuropas. Untersuchungen zu ihrem Ablauf in den einzelnen Ländern, hrsg. von ERNST BIRKE und RUDOLF NEUMANN, Frankfurt/Main, Berlin 1959; Sowjetisches Modell und nationale Prägung. Kontinuität und Wandel in Ostmitteleuropa nach dem Zweiten Weltkrieg, hrsg. von HANS LEMBERG, Marburg/Lahn 1991.